

**Rede  
des polizeipolitischen Sprechers**

**Karsten Becker, MdL**

zu TOP Nr. 24

Erste Beratung

**Die Große Koalition stellt die Weichen für moderne,  
starke und gut ausgerüstete Sicherheitsbehörden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – Drs. 18/35

während der Plenarsitzung vom 14.12.2017  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

„*in Sicherheit leben*“ ist eine der herausragenden Erwartungen der Menschen an alle staatlichen Institutionen und ein dementsprechend nachdrücklicher Gestaltungsauftrag an die Politik.

„*Sicherheit*“ umfasst natürlich deutlich mehr als die bloße Freiheit von Kriminalitätssängsten.

Bezeichnenderweise ist die Wahrscheinlichkeit, bei einem Katastrophenereignis oder einem Unfall zu Schaden zu kommen, deutlich höher, als Opfer einer gewalttätigen Kriminalstraftat zu werden.

Aber während diese Risiken in die persönliche Risikobewertung offenbar schon „eingepreist“ sind, weil man Vorsorge getroffen hat oder das Risiko bewerten zu können glaubt, liegen Kriminalitätserfahrungen für die meisten Menschen außerhalb der eigenen Lebenserfahrung und sind nur aus medialer Berichterstattung oder aus dem sonntagabendlichen Tatort bekannt.

Sei dem, wie es ist.

Tatsächlich bestehen die größten Ängste der Menschen in Deutschland aktuell gegenüber terroristischen Bedrohungen.

Die R+V Versicherung untersucht seit über 20 Jahren die „*Ängste der Deutschen*“. Im Jahr 2017 stand die Angst vor Terroranschlägen mit deutlichem Abstand auf Platz eins und erreichte mit 71 Prozent einen der höchsten Werte, der jemals in der Langzeitbetrachtung gemessen wurde. Und wenn wir die Weihnachtsmärkte in den niedersächsischen Städten besuchen, dann schwingt unweigerlich die Erinnerung an den Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz mit, bei dem am 19. Dezember 2016 zwölf Menschen getötet wurden.

Die niedersächsischen Sicherheitsbehörden haben bereits in den vergangenen Jahren auf die veränderte Sicherheitslage reagiert.

Und wir können mit berechtigter Zufriedenheit feststellen, dass die öffentliche Sicherheit in Niedersachsen in den routinierten Händen einer modernen, bürgernahen und hochqualifizierten Polizei liegt, die personell und materiell gut aufgestellt ist, und die ihren vielfältigen Aufgaben in ausgezeichneter Weise nachkommt.

Anrede,

die Anzahl der registrierten Straftaten ist in Niedersachsen erfreulicherweise weiter zurückgegangen.

Wir haben historisch niedrige Fallzahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik. (2016 = 561.963). Die Gesamtzahl der Straftaten ist in den vergangenen zehn Jahren um minus 7,43 Prozent gesunken. Und gleichzeitig ist die Aufklärungsquote von 56,9 Prozent auf 61,4 Prozent gestiegen. Der bundesweite Durchschnitt liegt bei ca. 55 Prozent.

Allerdings ist diese Entwicklung nicht von selbst gekommen. Sie ist vor allem dem Engagement und der Professionalität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschuldet und deren verstärkter Inanspruchnahme. Resultat ist eine höhere Arbeitsbelastung.

Wie hängt das zusammen?

Nun: Neue Kriminalitätsformen – wie die vielzierte Cybercrime – machen auch eine Spezialisierung innerhalb der Strafverfolgungsbehörden erforderlich. Die damit geschaffenen Spezialisten stehen dann aber nicht mehr für die Bearbeitung des allgemeinen Aufgabenbestandes zur Verfügung. Mehr Spezialisten bedeuten also im Ergebnis eine Mehrbelastung für die verbleibenden Generalisten. Und wir haben höhere Belastungen durch das Einsatzgeschehen.

Sowohl der Schutz von Sportveranstaltungen als auch von Großdemonstrationen stellen in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht eine deutliche Mehrbelastung dar. Und eine Umkehr dieser Entwicklung kann für die kommenden Jahre nicht erwartet werden.

Darum ist eine weitere Verbesserung des Personalbestandes die richtige Antwort, um die Qualität der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung, die Aufrechterhaltung des in der Vergangenheit erreichten hohen Sicherheitsniveaus, aber auch (wichtig in einem Flächenland wie Niedersachsen) die Präsenz der Polizei in den schwächer besiedelten ländlichen Bereichen weiterhin aufrecht zu erhalten.

Anrede,

konkret wollen wir 1.500 Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamte einstellen und die Entlastung des Vollzugsbereichs von Verwaltungs- und IT-Aufgaben durch Einstellung zusätzlicher Verwaltungskräfte fortführen. Zusätzlich werden wir eine Bedarfsanalyse durchführen und prüfen, ob weitere Einstellungen von Vollzugs- und Verwaltungspersonal erforderlich sind. Bis zu einer Gesamtzahl von 3.000 Stellen in dieser Legislaturperiode. Die ersten 750 zusätzlichen Stellen wollen wir bereits mit dem Nachtragshaushalt 2018 finanziell absichern.

Anrede,

parallel dazu werden wir die soziale Situation der Polizeibesetzten weiter verbessern. Die Wartezeit auf die erste Beförderung haben wir zwar inzwischen auf durchschnittlich unter 10 Jahren gesenkt.

Das ist aber immer noch viel zu lang und soll über ein weiteres Stellenhebungsprogramm deutlich reduziert werden.

Und wir werden die Zulagen bei Polizei und Verfassungsschutz dynamisch anpassen – auch um im Wettbewerb um die besten Köpfe attraktiv zu bleiben. Eine Qualitätseinbuße bei unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wollen und werden wir vermeiden.

Anrede,

rechtsstaatliche Prinzipien und Sicherheit sind kein Widerspruch und schließen sich nicht aus.

Wir werden unsere Sicherheitsbehörden auch unter den Bedingungen der neuen terroristischen Herausforderungen in die Lage versetzen, Personen, bei denen die konkrete Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie eine terroristische Straftat begehen werden, effektiv zu überwachen und an ihren Aktivitäten zu hindern.

Unter diesem Leitgedanken werden wir auch das Polizeirecht anpassen, meine Damen und Herren. Mit Aufenthaltsbeschränkungen, Kontaktverboten, Meldeauflagen oder durch sogenannte elektronische Fußfesseln.

Anrede,

aus der deutschlandweit erstmals durch den Niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius verantworteten Anwendung des § 58a des Aufenthaltsgesetzes, mit dem zwei Gefährder ohne Vorwarnung nach Nigeria bzw. Algerien abgeschoben worden sind wissen wir, dass die Frist von maximal vier Tagen für eine juristische Bearbeitung solch komplexer und schwieriger Sachverhalte äußerst knapp ist.

Noch weitaus dramatischer wird sich eine solche Situation gestalten, wenn die Personalien von Gefährdern nicht bekannt sind und erst in Zusammenarbeit mit den potenziellen Herkunftsstaaten geklärt werden müssen.

Für solche kritischen Situationen werden wir die Gewahrsamsdauer unter den Voraussetzungen eines Richtervorbehalts auf bis zu 30 Tage ausweiten, die darüber hinaus zweimal – zunächst für weitere 30 Tage, danach maximal für weitere 14 Tage – durch eine erneute richterliche Entscheidung ausgeweitet werden können.

Anrede,

ein letzter Aspekt: Als Ursache für viele Gewalt- und Kriminalitätsphänomene führen wir alle immer wieder die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas an.

Und dabei stellen wir fest, dass oftmals Repräsentanten staatlichen Handelns Opfer dieser Entwicklung zu werden scheinen, wie z. B. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Rettungsdiensten, Feuerwehren oder eben der Justiz, wie wir erst gestern Abend in der Debatte um „Sichere Gerichte und Staatsanwaltschaften“ erörtert haben. Und wir geben unserer Sorge Ausdruck, dass diese Entwicklung weiter fortschreiten könne.

Wenn das aber richtig ist, meine Damen und Herren, dann wird es nicht ausreichen, sich darauf zu beschränken, an den Symptomen „herumzukurieren“ und letztendlich nur „*mehr vom Selben*“ zu generieren. Also mehr Polizei, schärfere Gesetze, rigidere Zugangsschranken und intensivere Kontrollen.

Wenn das richtig ist, dann sollten wir uns auch gelegentlich daran erinnern, an den Ursachen – also der Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas – zu arbeiten.

Anrede,

wer mehr Sicherheit will, muss auch und gerade die „kriminalitätsbegünstigenden Faktoren“ berücksichtigen.

Anrede,

große soziale Ungleichheiten – beim Einkommen oder der Bildung – fördern auch die Entstehung von Kriminalität. Und ein Verharren der Armutquote auf hohem Niveau birgt eben auch kriminalitätsfördernde Aspekte. Für die SPD-Fraktion kann ich jedenfalls auch als Sicherheitspolitiker zusichern, dass wir diesen Zusammenhang nicht aus dem Auge verlieren werden.

Nicht alles ist unserer Landesgesetzgebung zugänglich, aber der Kampf gegen eine Verfestigung einkommensschwacher Leiharbeits- oder Zeitarbeitsstrukturen und der Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes wird uns ebenso beschäftigen wie die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums in urbanen Bereichen, die Fortentwicklung städtebaulicher Kriminalprävention, und ein wirksames Quartiersmanagement durch die Fortführung des Programms „Soziale Stadt“, um nur ein paar Felder „ganzheitlicher Sicherheitspolitik“ herauszugreifen.

Anrede,

mittelfristig ist das allemal wirtschaftlicher, als nach ein paar Jahren festzustellen, dass man jetzt doch noch mal ein paar tausend zusätzlicher Polizisten braucht, weil alles irgendwie immer schlimmer geworden ist. Und die Menschen in Niedersachsen können sicher sein, dass wir auch weiterhin verstärkt in Präventionsprogramme investieren und Radikalisierungsprozessen möglichst frühzeitig entgegenwirken werden. Und genau aus diesem Grund hatten wir ja auch die Landeszentrale für politische Bildung wieder aufgebaut.